

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft***Betrifft 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliament Conference, BSPC) vom 27. bis 28. August 2007 in Berlin***

An der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz haben neben dem Vorstandsmitglied Marlies Marken als Delegationsleiterin die Abgeordneten Martin Günthner (SPD), Jörg Kastendiek (CDU), Dr. Hermann Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) und Sirvan Cakici (Die Linke) teilgenommen; Walter Krause, Internationale Beziehungen bei der Bürgerschaft, begleitete die Delegation.

Auf der Konferenz wurden in drei Sitzungsabschnitten folgende Themen behandelt:

- Die Zusammenarbeit im Ostseeraum einschließlich Energiefragen,
- Arbeit und soziale Wohlfahrt in der Ostseeregion,
- Integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion.

Die Konferenz verabschiedete einstimmig eine Resolution, die als Anlage 1 beigefügt ist. Weiter beschloss die Konferenz ebenfalls einstimmig die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Eutrophierung (Anlage 2).

Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages, begrüßte die Konferenzteilnehmer. Er unterstrich, dass sich die Situation und die Perspektiven für die Anrainer des Ostseeraumes seit Anfang der 90er Jahre dramatisch verändert haben. Der Ostseeraum sei schon immer ein Raum für Handelsbeziehungen aber auch für militärische Konflikte gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe der traditionelle Wirtschaftsraum seine Bedeutung zunächst verloren. Mit der Beseitigung des Eisernen Vorhanges und der EU-Erweiterung sei die Ostsee heute nahezu zu einem EU-Binnenmeer geworden. Im Laufe der Jahre sei die Ostseeparlamentarierkonferenz zu einer festen Institution und damit ein Pilotprojekt für die Zusammenarbeit regionaler und nationaler Parlamente geworden.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnies, eröffnete die Sitzung und unterstrich, dass im Rahmen dieser Sitzung unter anderem überprüft werden sollte, was aus der Resolution von Reykjavik aus dem Jahre 2006 geworden sei.

In einem Grußwort erklärte die Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, Diana Wallis, dass das Europa-Parlament ein erhebliches Interesse am Ostseeraum und an der nördlichen Dimension habe. Dies dürfe allerdings nicht zu Lasten anderer Regionen gehen.

Die Vizepräsidentin des Nordischen Rates, Berit Brørby, wies auf die Bedeutung der Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den arktischen Ländern hin. Dies sei im Zeichen der Klimaerwärmung, die in der Arktis deutlich werde, besonders wichtig. Die enge Zusammenarbeit im Rahmen der Ostseeanrainer, die bei den nordischen Ländern schon seit mehr als 50 Jahren Tradition sei, werde sicher zu nennenswerten Resultaten führen. So sei eine Kooperation auf dem Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung, da in einigen Ländern noch hohe Arbeitslosigkeit herrsche, während es in anderen Ländern bereits einen Mangel an Fachkräften gäbe.

Hill-Marta Solberg, Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Konferenz der Parlamentarier der Arktischen Region, betonte, dass die Themen dieser Konferenz auch Themen der arktischen Region sein könnten. Die reichen Naturschätze der Arktis müssten unbedingt genutzt werden, dies bedürfe jedoch verbindlicher Regelungen.

Die Parlamentspräsidentin der Republik Georgien, zugleich auch Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, Nino Burjanadze, meinte, die parlamentarische Arbeit könne dazu beitragen, dass der Schwarzmeerraum ein wichtiger Teil Europas werde. Die Europäische Union würde daran mitwirken, dass die Möglichkeiten der Region genutzt werden. Sie mahnte, es dürfe nicht sein, dass ein Land, das das Monopol über wichtige Energien habe, anderen „energiepolitische Daumenschrauben“ anlege. Die Energiesicherheit müsse gewährleistet werden. Die Umweltschutzziele für die Ostsee entsprächen denen des Schwarzen Meeres. Die Präsidentin wies auf die ungelösten Konflikte in der Schwarzmeer-Region hin und warf Russland vor, für Bombenanschläge in Georgien verantwortlich zu sein. Die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern des Ostseeraumes sei hingegen gut.

Die Zusammenarbeit im Ostseeraum einschließlich Energiefragen

Dr. Artis Pabriks, amtierender Vorsitzender des Ostseerates und Außenminister der Republik Lettland, betonte im ersten Konferenzbeitrag, dass die Region in den nächsten Jahren an der Spitze Europas stehen könne. Dabei würden nicht nur Regierungen, sondern auch Nichtregierungsorganisationen und Universitäten die Region mitgestalten. Drei Ziele seien von großer Bedeutung: Energieversorgung, Bildung und allgemeine Sicherheit. 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges gäbe es neue Herausforderungen. Der Ostseeraum müsse wettbewerbsfähig sein und dazu gehöre in besonderem Maße eine sichere Energieversorgung. Die Auswirkungen auf die Umwelt müssten dabei allerdings berücksichtigt werden. Energiefragen seien immer mit Sicherheitsfragen verflochten. Für die Wettbewerbsfähigkeit sei es aber auch unerlässlich, in die Bildung zu investieren. Der Wirtschaftsraum Ostsee sei leider auch ein Raum für Menschenhandel und organisierte Kriminalität, die zu bekämpfen seien. Dazu gehöre auch die Verhinderung und Verfolgung von Korruption.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz, Franz Thönnies, stellte fest, dass die Ostseeregion die am stärksten entwickelte Region Europas sei mit überdurchschnittlich hohem Lebensstandard und hervorragender Wettbewerbsfähigkeit. Dies sei aber kein Grund zur Selbstgefälligkeit, da es auch negative Erscheinungen gäbe. Die Ostsee sei verschmutzt und die Gesellschaft werde durch die organisierte Kriminalität bedroht. Der Energieverbrauch sei deutlich zu hoch und manche der sozialen Netze seien zu eng gestrickt. Demokratie und Zivilgesellschaft seien die Basis für soziale Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum. Die Ostseeparlamentarierkonferenz habe sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Sie verfüge seit zwei Jahren über einen erweiterten Ständigen Ausschuss, der sich zwischen den Konferenzen mit aktuellen Fragen befassen könne und der Ostseerat würde sich mittlerweile auf die Resolutionen der BSPC beziehen. Außerdem überwache der erweiterte Ständige Ausschuss die Umsetzung der Resolutionen. Die Finanzierung des Sekretariats der Ostseeparlamentarierkonferenz sei durch die neu geregelten Beitragszahlungen gesichert. Er lobte die guten Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe Eutrophierung, die auch bei einer Sitzung von HELCOM vorgestellt worden seien. Bei dieser Organisation habe die BSPC einen Beobachterstatus.

Der Staatsminister für Europa, im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Günter Gloser, unterstrich, dass der Ostseeraum ein Vorbild für eine erfolgreiche Kooperation in Europa sei. Dafür seien aber auch Anstöße aus dem parlamentarischen Raum erforderlich. Den Völkern des Ostseeraumes gehe es besser, der Ostsee aber leider nicht. Auch wenn die Ostsee kein Binnenmeer der Europäischen Union sei, könne Russland gleichwohl in das europäische Beziehungsgeflecht eingebunden werden.

Andris Kesteris, Kabinettschef des EU-Kommissars für Energiefragen, betonte, dass der erforderliche Energieimport für den Ostseeraum nicht gesichert sei. Energielieferanten seien vor allen Dingen Russland und Norwegen. Diese Energiebeziehungen müssten weiterentwickelt werden. Russland sei durchaus interessiert, seine Energievorräte zu verkaufen. Es müsse aber jederzeit ein freier Zugang zu den Märkten möglich sein.

Die Energielieferungen müssten diversifiziert werden, man dürfe sich nicht nur auf einige wenige Lieferanten verlassen. Als es im Frühjahr Probleme bei der Lieferung von Energie gab, habe sich die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bewährt. Die Netzwerke sollten weiter vergrößert werden, weil sie dann sicherer seien. So sollten die Netze von Litauen, Polen und Deutschland vereint

werden. Der Anteil der erneuerbaren Energien solle bis zum Jahre 2020 von 7 % auf 20 % erhöht werden. Darüber hinaus könne bis zum Jahr 2020 20 % der Energie eingespart werden durch eine weitere Steigerung der Energieeffizienz. Hier gäbe es erhebliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedstaaten. Er kritisierte, dass die meisten Energiemärkte national gestaltet wären und noch viele Verbindungsleitungen erforderlich seien. Kesteris schätzte, dass in den nächsten Jahren 1 Billion € an Investitionen erforderlich seien, um die Netze leistungsfähig zu machen. Er kritisierte, dass die Energiepreise in vielen Ländern zu niedrig seien und so ein fairer Wettbewerb außerordentlich erschwert sei. Von daher müssten EU-Rahmenbedingungen geschaffen werden. So wie es zwischen Deutschland, Frankreich und den Beneluxländern einen Energieverbund gäbe, müsse dies auch für die baltischen Staaten geschaffen werden.

Der stellvertretende Direktor der Abteilung Energie des lettischen Ministeriums für Energie sowie der Baltic Sea Region Energy Cooperation (BASREC), Nils Freivalds, erklärte, dass das Energiesystem der baltischen Staaten an Russland und nicht an die Europäische Union angekoppelt sei. Das in Litauen geplante Kernkraftwerk werde voraussichtlich bis zum Jahre 2015 fertig gestellt werden. In Lettland werde ein neues Kraftwerk mit Kraftwärmekoppelung gebaut. Er wünsche sich, dass die russische Ostseepipeline auch eine Abzweigung in die baltischen Länder haben sollte, da in Lettland große Vorräte gespeichert werden könnten.

Der Staatssekretär im polnischen Außenministerium Rafal Wiśniewski erklärte, dass in Polen die Energiepolitik diversifiziert werden solle. Die Solidarität innerhalb der EU sei bei der Energieversorgung unerlässlich. Es gäbe eine große Lücke auf dem Weltmarkt zwischen Angebot und Nachfrage. Polen habe erhebliche Vorbehalte gegenüber der geplanten Ostseepipeline, da in der Nähe der vorgesehenen Trasse chemische Waffen versenkt worden seien. Eine Trasse auf dem Landwege sei daher sinnvoller. Bei der Sicherung der Energieversorgung seien Wohlstand und Umweltschutz gleichermaßen im Auge zu behalten. Die Politiker hätten die Verantwortung für die Umweltsicherheit.

Vor Beginn der Diskussion betonte der Abgeordnete der russischen Föderation, Vladimir Nikitin, dass Russland nichts mit der Bombardierung Georgiens zu tun habe.

Der Abgeordnete des dänischen Reichstages Ole Stavad meinte, die erweiterte Zusammenarbeit der Länder des Ostseeraumes sei viel zu bedeutsam, um sie allein den Regierungen zu überlassen.

Renate Holznagel (Landtag Mecklenburg-Vorpommern) erwähnte, dass das Parlamentsforum „Südliche Ostsee“ sich bereits mit dem Thema der Energieversorgung im Ostseeraum befasst habe. Die Vorbereitung einzelner Themen durch Arbeitsgruppen habe sich bewährt. In diesem Zusammenhang lobte sie die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Eutrophierung. Mecklenburg-Vorpommern habe bereits erhebliche Erfahrungen bei der Steigerung der Energieeffizienz sowie bei der Produktion erneuerbarer Energien. Für ihr Land sehe sie kein Problem, die Energieeinsparung von 20 % zu erreichen.

Der Abgeordnete Vatanyar Yagya vom Stadtparlament von St. Petersburg lobte die Effizienz der Ostseeparlamentarierkonferenzen. Die Politik der nördlichen Dimension sei ein guter Ansatz für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Ostseeanainer. In diesem Zusammenhang würdigte er die enge Kooperation zwischen den Partnerstädten Hamburg und St. Petersburg, die in diesem Jahre auf eine 50-jährige Kooperation zurückblicken können. Er warnte davor, neue Trennlinien aufkommen zu lassen. Als Beispiel nannte er die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems der USA, das auch in Ostseeländern stationiert werden solle.

Steen Gade vom Dänischen Reichstag betonte, die Bedeutung für saubere Energien und Energieeinsparung. Diese Themen sollten von einer Arbeitsgruppe aufgegriffen werden. Für den Klimaschutz sei nicht nur eine Reduzierung des CO²-Ausstoßes von Bedeutung, sondern auch eine Verringerung der Eutrophierung, von der bereits 20 % der dänischen Gewässer negativ betroffen seien.

Dorota Arciszewska-Mielewczyk, Mitglied des Senats der Republik Polen, meinte, Parlamentarier sollten nicht nur Freundschaften vertiefen, sondern auch Informationen über Politik in ihren jeweiligen Ländern weitergeben. Die Ostseepipeline sei gegenüber Polen ein unfreundlicher Akt. Sie gebe Russland die Möglichkeit, Deutschland und Westeuropa zu beliefern und Polen und die baltischen Staaten von den Lieferungen auszuschließen. Sie warnte vor den ökologischen Folgen einer Pipeline, ins-

besondere, wenn diese in der Nähe der Lagerorte von chemischen Waffen verlegt würde. Es bestünde die Gefahr von Terrorakten, die das ökologische Gleichgewicht der Ostsee auf lange Zeit zerstören könnten. Wirtschaftliche Analysen seien keine ausreichende Grundlage einer Entscheidung für die Ostseepipeline. Im Übrigen sei Polen nicht das erste Land, das einen Raketenschutz installiere.

Josef Motzfeld vom grönländischen Parlament hob die positive Bedeutung des Tourismus hervor, wenn diese nach ihrer Rückkehr auf die Klimaveränderungen in der arktischen Region aufmerksam machten.

Franz Thönnies stellte noch einmal klar, dass die Gaspipeline von der Europäischen Kommission als ein zentrales Schlüsselprojekt für die Energieversorgung angesehen werde. Die mit dem Bau einhergehenden Umweltprobleme seien beherrschbar. Schließlich sei es nicht die erste Pipeline, die in der Ostsee verlegt werde. Alle Fragen und Probleme würden transparent dargestellt werden. Abzweigungsmöglichkeiten für die Pipeline in andere Länder seien möglich. Schließlich wies Thönnies darauf hin, dass terroristische Angriffe auf eine Pipeline auch möglich seien, wenn diese über Land verlaufe.

Arbeit und soziale Wohlfahrt in der Ostseeregion

Das erste Referat im zweiten Abschnitt der Sitzung hielt der Bundesminister für Arbeit und Soziales der Bundesrepublik Deutschland, Franz Müntefering. Er betonte, dass die Ostsee mit der Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 in die Mitte Europas gerückt sei. Die Menschen erhofften sich etwas von dieser Zusammenarbeit. Wer sich mit der sozialen Dimension Europas beschäftige, müsse berücksichtigen, dass Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit zusammen gehörten. Der Markt sei von Natur aus nicht sozial, von daher sei eine Regulierung notwendig. Um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können, müsse Europa noch mehr als in der Vergangenheit Herausragendes leisten. Es sei problematisch, dass gegenwärtig bereits in Teilbereichen ein Fachkräftemangel zu beklagen sei. Von daher gelte es, die Lebensarbeitszeit zu erhöhen. Während 1998 in Deutschland nur 37,6 % der über 50-Jährigen einer Arbeit nachgegangen seien, so sind es heute bereits 50 %. Dieser Anteil müsse weiter erhöht werden. Flexibilität von Arbeitnehmern und Sicherheit des Arbeitsplatzes müssten als zwei Seiten einer Medaille gesehen werden. Abschließend wies der Minister darauf hin, dass eine weiter wachsende Menschheit auch mehr Energie benötige. Ungelöst sei dabei das Problem, wie die Energieerzeugung in den Ländern der Dritten Welt erfolgen werde.

Der Generaldirektor der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission, Nikolaus van der Pas, wies auf das hohe Wachstum der Ostseeregion innerhalb der Europäischen Union hin. Die Arbeitsmärkte der alten Mitgliedstaaten seien durch die EU-Erweiterung entgegen manchen Erwartungen nicht aus den Fugen geraten. Für grenzüberschreitende Kooperationen gäbe es Instrumente wie den Europäischen Sozialfonds.

Gewerkschaften arbeiten seit jeher grenzüberschreitend, stellte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Nord, und Mitglied des Baltic Sea Trade Union Network (BASTUN), Peter Deutschland, fest. Seit 1996 gäbe es eine gute Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den drei baltischen Staaten und St. Petersburg. Eine gerechte Gesellschaft entstünde nicht allein durch wirtschaftlichen Fortschritt. Er sei aber davon überzeugt, dass sich die Arbeitsmarktsituation auch in Ländern mit jetzt noch hoher Arbeitslosigkeit künftig verbessern werde. Die Menschen müssten die Gewissheit haben, dass sie einer wirtschaftlichen und sozial gerechten Zukunft entgegensehen. Übergangsfristen, die die Freizügigkeit von Arbeitnehmern beschränkten, seien keine gute Lösung. Vielmehr müssten zusätzliche Arbeitnehmer-Informationszentren eingerichtet werden, die in der Lage sind, die Arbeitnehmer über ihre beruflichen Chancen zu informieren.

Auch Sverker Rudeberg, Confederation of European Business, sprach sich gegen Übergangsfristen aus, die das Recht der Arbeitnehmer auf Freizügigkeit einschränkten. In Schweden habe man gute Erfahrungen damit gemacht, solche Übergangsregeln nicht einzuführen. Derartige Regularien führten nur dazu, dass ehrliche Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestraft würden, weil sie den illegalen Arbeitsmarkt förderten. Hohe Arbeitskosten hätten zudem einen negativen Einfluss auf die Nachfrage; von daher müssten beispielsweise die Sozialabgaben verringert werden. Dies sei von Bedeutung, um Arbeitsplätze für Arbeitslose zu schaffen. Die Steuergesetzgebung müsse Arbeitsplatzinitiativen fördern und schließlich sei die Möglichkeit für eine

kontinuierliche Weiterbildung zu unterstützen. Länder, in denen die Freizügigkeit für Arbeitnehmer hoch sei, hätten die höchsten Wachstumsraten. Die Arbeitsmärkte müssten allerdings auch so gestaltet werden, dass benachteiligte Gruppen eine Chance zur Integration haben.

Der Vizepräsident der Baltischen Versammlung und Mitglied des Parlaments von Estland, Trivimi Velliste, wies darauf hin, dass die Gesellschaft in Europa anders als die in Asien immer „älter“ würde. Von daher sollten die Humanressourcen gefördert werden, dazu gehöre die Stärkung der Familien in der Ostseeregion. Bildung, soziale Sicherheit und Nachhaltigkeit seien wichtige Ziele. Der baltische Arbeitsmarkt müsse die Herausforderungen der offenen Tür bewältigen. Mehr als 40 % aller Esten seien an einer Arbeit im Ausland interessiert, ernsthaft allerdings nur rund 3 %. Von den Emigranten würden später ca. 20 % nach Estland zurückkehren. Die Emigration von jungen und gut ausgebildeten Menschen führe zu Arbeitskräftemangel und zu einer Störung der Altersstruktur im Rahmen der sozialen Systeme. Andererseits würden die Rückkehrer auch wertvolle Erfahrungen aus anderen Ländern mitbringen und auch Kontakte dorthin.

In der sich anschließenden Diskussion betonte die Abgeordnete des Landtages von Schleswig-Holstein, Anke Spoorendonk, dass in der Ostseeregion viele Minderheiten lebten. Für den Umgang zwischen Mehrheiten und Minderheiten sei es unerlässlich, dass sich alle „auf Augenhöhe“ begegnen könnten, wie dies im deutsch-dänischen Grenzland der Fall sei. Minderheiten seien für eine Gesellschaft stets ein Gewinn, da sie in Grenzregionen Brückenfunktionen ausübten.

Svend Erik Hovmand vom Dänischen Reichstag lobte den Plan, die Fehmarnbelt-Brücke zu bauen. Dadurch würden während der Bauzeit von sieben bis acht Jahren rund 8.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

Den dritten Abschnitt der Konferenz eröffnete der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Sigmar Gabriel. Er wies auf die große Bedeutung der Meerespolitik hin. Wenn die Überfischung der Meere sowie die Eutrophierung allerdings nicht gestoppt werden könne, werde es Mitte dieses Jahrhunderts in der Ostsee mit Sicherheit keine kommerzielle Fischerei mehr geben. Der HELCOM Baltic Sea Action Plan sei für den Erhalt des ökologischen Systems der Ostsee von außerordentlicher Bedeutung und ermögliche die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Mitgliedern wie z. B. Russland, Norwegen und Island.

Der stellvertretende Leiter des Arbeitsstabes Meerespolitik der Europäischen Kommission für Fischerei und Maritime Angelegenheiten, Paul Nemitz, sprach zum Thema „Entwicklung einer europäischen Meerespolitik und ihre Bedeutung für die Ostseeregion“. Er unterstrich, dass die Meerespolitik ganz oben auf der Tagesordnung der Kommission stünde und das Grünbuch den „Nagel auf den Kopf“ treffe. Am 10. Oktober 2007 solle ein Aktionsplan der Kommission vorgelegt werden. In ihm werde eine Erhöhung der Sicherheit der Schiffe sowie der Seetransportwege gefordert. Die Kommission hielt es für sinnvoll, wenn die staatlichen Überwachungsorgane in einen gemeinsamen Verbund überführt würden. So gäbe es zurzeit fünf bis sieben Behörden in den Nationalstaaten, die teilweise parallel arbeiteten. Damit Investoren vorausplanen können, müsse es eine bessere Raumplanung geben. Der Schutz der Meeresumwelt habe auch eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zum Beispiel für den Tourismus. Nemitz warnte vor der Überfischung der Ostsee, die dazu geführt habe, dass die Dorschfischerei in einigen Ländern im laufenden Jahr bereits vollständig eingestellt werden müssen.

Auf eine entsprechende Frage der polnischen Senatorin Dorota Arciszewska-Mielewczyk erwiderte Nemitz, der Kommission sei bewusst, dass es in Polen Fischer gäbe, die unter den strengen Kontrollen nach den EU-Vorschriften litten. Dies sei aber so im Ministerrat abgestimmt worden und die Regeln müssten auch angewandt werden. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass die Beschäftigungszahl in der Fischerei im Laufe der nächsten Jahre zurückgehen werde.

Der Vorsitzende von HELCOM, Professor Mieczyslaw S. Ostojki, äußerte sich skeptisch darüber, ob der HELCOM-Aktionsplan bis Mitte November 2007 beschlossen werde. Er zeigte sich aber erfreut darüber, dass die Steigerung der Überwachungsflüge zu einer Verringerung der Ölverklappung in die Ostsee geführt habe.

Abschließend berichtete der Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe „Eutrophierung“, Asmund Kristoffersen, über die Ergebnisse, die 16 Parlamentarier in den vergangenen eineinhalb Jahren erarbeitet hätten. Er hob hervor, dass die Eutrophierung alle Länder im Ostseeraum betreffe. Der hohe Stickstoff- und Phosphorgehalt zeige sich als „Algensuppe“ (wegen der 25 Empfehlungen zur Reduzierung der Eutrophierung wird auf die Anlage 2 verwiesen). Er betonte, dass eine nachhaltige Reduzierung sehr großen politischen Mut erfordere. Nicht nur die unmittelbaren Ostseeanrainer seien verantwortlich für die Eutrophierung des Meeres, sondern auch weiter entfernt liegende Staaten wie Weißrussland oder die Tschechische Republik, deren Anteil an der Eutrophierung immerhin bei 7 bis 8 % liege. Das Thema müsse im Fokus der Öffentlichkeit bleiben, und es sollte ein Koordinator eingesetzt werden, der die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe beobachte. Kristoffersen sprach sich dafür aus, die Regierungen aufzurufen, den Plan zur Reduzierung der Eutrophierung umzusetzen und die politische Arbeit weiterzuführen. Die Konferenz verabschiedete die Empfehlungen einstimmig.

In der sich anschließenden Diskussion setzte sich der Abgeordnete Nlats Perämaa (Parlament der Åland-Inseln) dafür ein, dass Abwasser von Schiffen in Tanks gepumpt und nicht in das Meer abgelassen werden. Dies sollte verstärkt kontrolliert werden.

Claes Andersson vom Nordischen Rat forderte einen Ostseebericht, in dem deutliche Zahlen darüber enthalten seien, was es kostete, aus der Ostsee ein klares Meer zu machen. Darin sollte auch aufgezeigt werden, wie sich ein Nichthandeln auswirken würde.

Steen Gade vom Dänischen Reichstag wies darauf hin, dass die Ostsee dabei sei, abzusterben. Die Temperaturen stiegen stetig an und damit auch die Eutrophierung; der Stickstoffanteil sei ebenfalls angewachsen. Er beklagte, dass bei der derzeitigen Entwicklung der Sauerstoffmangel der Ostsee in den nächsten 50 Jahren um 20 bis 30 % ansteigen werde.

Die Bundestagsabgeordnete Christel Happach-Kasan bedauerte, dass sich die Ostsee in den letzten 50 Jahren von einem Klarwassermeer in ein trübes Gewässer verwandelt habe. Es sei aber eine Illusion, wenn man glaubte, dies von heute auf morgen ändern zu können. Bei allen Maßnahmen müssten realistischerweise die unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der Ostseeanrainer bedacht werden.

17. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die nächste Tagung der Ostseeparlamentarier wird auf Einladung des Schwedischen Reichstages am 1. und 2. September 2008 in Visby/Schweden stattfinden.

Christian Weber
(Präsident)

2 Anlagen

Weitere Informationsquellen:

Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)	www.bspc.net
BASTUN (Baltic Sea Trade Union Network)	www.bastun.nu
HELCOM	www.helcom.fi
Nordischer Rat	www.norden.org
Northern Dimension Environmental Partnership (NDEP)	www.nedep.org
Ostseekooperation der Nichtregierungsorganisationen	www.cbss-ngo.de

Konferenzresolution

angenommen durch die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer der Konferenz*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten und dem Europäischen Parlament, sind am 27./28. August 2007 in Berlin, Deutschland zusammengekommen,

um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Energieangelegenheiten, Arbeitsmarktfragen und soziale Wohlfahrt, eine integrierte Meerespolitik und die Eutrophierung der Ostsee zu erörtern,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. den Informationsaustausch auf allen Ebenen fortzusetzen und zu verstärken,
2. gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Ostseeregion vor allem in Bezug auf Energiefragen, eine integrierte Meerespolitik sowie Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Wohlfahrt zu einer europäischen Modellregion zu entwickeln,
3. die Rolle der interparlamentarischen und zwischenstaatlichen Kooperation in der Ostseeregion zu stärken und die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in der Region zu fördern, u. a. auch durch eine Stärkung der Nichtregierungsorganisationen und eine Unterstützung der Fortsetzung der Tätigkeit des NGO-Forums,
4. die zwischenstaatlichen Organisationen im Bereich der Politik der Nördlichen Dimension nachdrücklich aufzufordern, die Zusammenarbeit und Abstimmung untereinander im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung und zur Vermeidung von Doppelarbeit zu intensivieren und die Entwicklung einer Ostseestrategie zu unterstützen,

im Hinblick auf Energiefragen und den Klimawandel in der Ostseeregion

5. mittelfristig gemeinsam in allen Ostseestaaten Untersuchungen zu Energie- und Umweltfragen durchzuführen sowie konkrete Schritte zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Hinblick auf Energiefragen in der Ostseeregion unter Berücksichtigung der Effizienz, Versorgung, Sicherheit und der erneuerbaren Energien zu ergreifen und gleichzeitig auch Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu berücksichtigen,
6. die Bürgerbeteiligung in der Ostseeregion im Hinblick auf Energie- und Umweltfragen deutlich zu verstärken und neue Möglichkeiten für eine solche aktive Beteiligung zu erforschen, natürliche Energieressourcen als eine Verantwortung der Öffentlichkeit zu begreifen und die Ostseeregion zu einer Modellregion für erneuerbare Energien in Europa zu entwickeln,
7. Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass Informationen über mögliche wirtschaftliche, umweltpolitische und soziale Folgen von Infrastrukturprojekten in und an der Ostsee über entsprechende Einrichtungen unter den Küstenstaaten ausgetauscht werden und dass bei allen Infrastrukturprojekten (z.B. der Nordeuropäischen Gaspipeline und dem Baltic Gas Interconnector) gemäß internationalen Verpflichtungen eine

gründliche Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, wobei die Anforderungen an die Energieversorgungssicherheit der gesamten Ostseeregion zu berücksichtigen sind,

im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die soziale Wohlfahrt in der Ostseeregion

8. Hindernisse für die Arbeitsmarktmobilität zu beseitigen und in jedem Land für faire Arbeitsbedingungen zu sorgen,

9. vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Grenzgängern das Thema der grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte auf die Tagesordnung des Ostseerats zu setzen und politische Maßnahmen zur Einrichtung von Informationszentren in der Region an stark frequentierten Grenzübergängen zu unterstützen, welche die Mobilität der Arbeitnehmer fördern und sie in Sozialversicherungsfragen beraten sollen. Solche Zentren sollen den Arbeitnehmern umfassende Informationen über steuer- und sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten liefern. Auch Informationen über Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten in Nachbarländern der Region müssen verbessert werden,

10. Arbeitsmärkte zu fördern, die auch benachteiligte Gruppen sowie junge Menschen integrieren, um sie in Arbeit und Gesellschaft einzugliedern und ihr Potenzial zu nutzen,

11. die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in Ostseeanrainerstaaten unter Verweis auf entsprechende Normen der IAO und der OECD zu fördern und keine doppelten Standards bei multinationalen Gesellschaften zuzulassen,

im Hinblick auf eine integrierte Meerespolitik

12. konkrete Schritte zu ergreifen, um die Ostseeregion zu einer europäischen maritimen Modellregion - d.h. zum saubersten und sichersten Meer Europas – zu entwickeln, indem allen Ostseeanrainerstaaten die Ratifizierung der bestehenden völkerrechtlichen Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt empfohlen wird (wie z.B. der "Anti-Fouling"-Konvention, der Ballastwasser-Konvention und der Gefahr- und Schadstoff- sowie der Bunker-Konvention), und ebenso die Entwicklung von „Clean-Ship“- und „Clean-Port“- Projekten weiter fortzusetzen,

13. Ideen zu entwickeln, wie die Ostseeregion zu einer Pilotregion werden könnte, die zeigt, dass eine wettbewerbsfähige Meeresindustrie mit einem wirksamen Schutz maritimer Ökosysteme vereinbar ist,

14. verschärfte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei (IUU) in der Ostseeregion gemäß international anerkannter Bestimmungen zu ergreifen,

15. angesichts der starken Zunahme von Öltransporten auf der Ostsee konkrete und wirksame Schritte zu ergreifen, um für ein hohes Maß an maritimer Sicherheit zu sorgen, z.B. durch

- eine Stärkung der Arbeit der Küstenwachen in der Ostseeregion durch Koordination and Kooperation,
- eine Förderung innovativer Navigationstechnologien, wie z.B. das Satellitennavigationssystem GALILEO in Verbindung mit GMES (Global Monitoring System for Environment and Security),
- den Einsatz von Lotsen auf navigatorisch schwierigen Seewegen entsprechend international anerkannter Bestimmungen und Normen,
- die Förderung eines sicheren Betriebs von Schiffen unter schwierigen Bedingungen im Winter und auch bei Eisgang,
- die Anwendung der aus der Flugsicherung bekannten Grundsätze auf die Überwachung und Regelung des Seeverkehrs in der gesamten Ostsee,

Im Hinblick auf die ernste Situation bei der Eutrophierung und anderen Formen der Umweltverschmutzung

16. die endgültige Entwicklung eines äußerst ehrgeizigen HELCOM-Ostseeaktionsplans, der im Herbst 2007 in Krakau verabschiedet werden soll, zu unterstützen und alle beschlossenen Maßnahmen ordnungsgemäß umzusetzen,

17. die politischen Empfehlungen der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung anzunehmen, alle darin enthaltenen Maßnahmenvorschläge umzusetzen und im Rahmen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

Die Konferenz

18. nimmt ferner mit Befriedigung die positive Entwicklung des Dialogs und des Informationsaustauschs mit dem Ostseerat zur Kenntnis, sieht einer weiteren beiderseitigen Entwicklung des Dialogs mit Freude entgegen und ermutigt die Regierungen der Mitgliedstaaten des Ostseerats, über den Ostseerat einen jährlichen Bericht über die Umsetzung der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen,

19. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Ostseerats auf, zur Förderung des Reformprozesses des Ostseerats in einen engen Dialog mit Parlamentariern in allen Mitgliedstaaten einzutreten, fordert die Präsidentschaft des Ostseerats nachdrücklich auf, alle Überlegungen zu einer neuen Struktur dem Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz mitzuteilen, damit sich dieser damit vertraut machen und Kommentare abgeben kann, bevor von Regierungsseite in dieser Angelegenheit Beschlüsse gefasst werden,

20. erkennt die eigene Verantwortung für die Einleitung und Vertiefung des Dialogs und der Koordination zwischen regionalen Organisationen in der Ostseeregion und in Nordeuropa insgesamt an,

21. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel einzusetzen, die im Rahmen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll,

22. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt und Soziales einzusetzen, die im Rahmen eines Dialogs und in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern auf der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll,

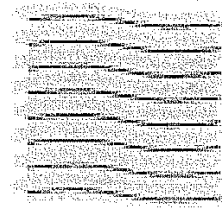
23. verabschiedet die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft treten wird,

24. beschließt, Fragen der Energie und des Klimawandels auf der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby zu behandeln,

25. begrüßt dankbar die freundliche Einladung des schwedischen Riksdag, die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz am 1./2. September 2008 in Visby abzuhalten.

* Baltische Versammlung, Bundesversammlung der Russischen Föderation, Europäisches Parlament, Nordischer Rat und das Parlament von Åland, der Bundesrepublik Deutschland, von Dänemark, Estland, Finnland, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, von Island, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Norwegen, Polen, der Region Kaliningrad, der Karelischen Republik, der Region Leningrad, der Region Murmansk, der Region Pskow, Schleswig-Holstein, von Schweden, der Stadt St. Petersburg, sowie die Parlamentarische Versammlung Nordwest-Russlands und die Parlamentarische Versammlung des Europarats.

**Baltic Sea Parliamentary Conference
Working Group on Eutrophication**



Visby, Sweden, 14 May 2007

Working Group Policy Recommendations

Context

With a rise in both the volume and the number of instances of abnormal algae growth in many areas of the Baltic Sea, eutrophication is an increasingly visible phenomenon. Caused by excessive nutrient input of nitrogen and phosphorous, eutrophication constitutes a serious threat to not only the environment and biodiversity of the Baltic Sea, but also to tourism, to fisheries and to recreation in and around the affected waters. A healthy sea is vitally important to all countries in the Baltic Region. Reliable and durable solutions require extensive co-operation and a committed effort from the Baltic States, all of which contribute to the problem.

Not all nutrient input to the Baltic Sea originates from the riparian countries – considerable water-borne volumes originate from countries located upstream of the rivers that feed the Baltic, while some of the airborne load originates from sources even further afield.

Over the years, governments and research institutions have provided comprehensive information on the causes and effects of eutrophication. A number of government initiatives in the Baltic Region have previously addressed the issue, but until now the situation has not improved satisfactorily. In November 2006, the EU Parliament adopted the EU Strategy for the Baltic Sea Region, which includes a number of recommendations on the eutrophication issue, in connection with the EU Common Agricultural Policy.

The Baltic Marine Environment Protection Commission, HELCOM, is in the process of preparing a Baltic Sea Action Plan, BSAP, to be released at the end of 2007. The plan will address the serious problems posed by eutrophication. The Council of the Baltic Sea States, CBSS, is also addressing the issue. A joint statement on initiatives to combat eutrophication was issued by an April 2007 meeting of high-level representatives of the ministries of agriculture and of the environment from all CBSS member countries.

In order to address and ameliorate the unacceptable situation whereby the Baltic Sea suffers from an excess of nutrients such as nitrogen and phosphorus in the water and in the sediment, causing oxygen deficit at the sea bed, which in turn leads to abnormal algae growth, a major loss of biodiversity, financial losses in the fisheries and the tourism sector, and a reduced quality of outdoor life for everybody concerned, the Baltic Sea Parliamentary Conference Working Group on Eutrophication recommends the following initiatives and measures:

General

1. All governments of CBSS member states are encouraged immediately to enforce all existing legal commitments aimed at reducing nutrient inputs into the Baltic Sea.
2. The April 2007 meeting in Saltsjöbaden, Sweden, of high-level representatives of the ministries of agriculture and the environment from all CBSS member countries is acknowledged and welcomed. CBSS and all its member states are encouraged to follow up on this initiative and arrange further meetings between the ministers of agriculture and the ministers of the environment on a regular basis, in order to discuss the eutrophication status of the Baltic Sea and amend policy accordingly.
3. The HELCOM Baltic Sea Action Plan, BSAP, which is based on ecological objectives, is welcomed. All governments of the region are strongly urged to support an ambitious action plan, to commit to the plan, and to implement it fully.
4. All governments of CBSS member states are urged to develop (or revise existing) national eutrophication-reduction plans before the end of 2009, incorporating detailed information on how the country will achieve BSAP targets. For EU member states, the national implementation plan should reflect cohesion and possible synergies between the BSAP and related EU legislation.
5. As part of BSAP-2007, HELCOM and the governments are urged to establish and commit themselves to a set of binding country-by-country and sub-basin-by-sub-basin targets for nutrient reduction, which will need to be achieved within a specified, short time limit, and which will allow each country to make use of cost-effective solutions.
6. HELCOM is encouraged to make further assessments of the feasibility of developing an efficient, cost-effective nutrient-quota trade system in the Baltic Sea area.
7. The existing bilateral and trilateral cooperation between some CBSS member countries and non-CBSS members in the catchment area (e.g. Belarus and Ukraine) is welcomed. CBSS and HELCOM should intensify this communication work and seek the active participation of non-HELCOM and non-CBSS countries in implementing relevant HELCOM initiatives aimed at reducing eutrophication in the Baltic Sea.
8. The EU members of the CBSS should individually and collectively support the adoption of an EU Marine Strategy Directive. In parallel, the Russian government is urged to implement strict environmental regulations on waste-water treatment, agriculture and other sectors contributing to the Baltic eutrophication. Within the framework of existing co-operation, the CBSS should work towards the introduction and harmonisation of comprehensive environmental legislation concerning the eutrophication of the Baltic Sea in non-CBSS countries across the whole catchment area – e.g. Belarus and Ukraine.

Agriculture

9. Each country should aim to improve co-ordination of their agricultural policy with their environmental policy in such a way that the policies generate synergy effects and agricultural production policy does not counteract environmental policy.
10. HELCOM and the governments are urged to specify actions designed to reduce the input from agriculture, so that such measures may be included in the final BSAP by November 2007.
11. All governments should also comprehensively:
 - promote Best Agricultural Practice (BAP) at farm level

- promote nutrient-efficient organic farming in the region
- promote farming techniques that help to reduce the nutrient output and motivate farmers to introduce such methods
- promote a better balance between animal production and available land.

12. The EU member states of the CBSS should:

- exchange experiences and strive to make the best of the existing opportunities inherent in the Common Agricultural Policy in order to reduce the nutrient contribution from agriculture
- secure a full and proper implementation of the EU Industrial Pollution and Prevention Control Directive (IPPC) on industrial farms
- support the necessary amendments to the EU Common Agricultural Policy to tighten the environmental requirements on farm subsidies – e.g. during the 'CAP-health-check' process – by 2008.

The non-EU member governments of the CBSS and the governments in the full catchment area are encouraged to implement and reinforce environmental regulations in the agricultural sector.

Sewage and Waste Water

13. All governments are urged to establish and maintain an efficient waste-water treatment system based on the best available technology from all of the local authorities around the Baltic Sea, and – where relevant – to increase connectivity to sewers.
14. Governments are encouraged to collaborate in order to assess the feasibility of potential cost-effective methods of reducing the input from scattered settlements and small communities.
15. All governments are urged, as soon as possible, to forbid the sale and use of detergents containing phosphorous.
16. The governments are encouraged to ensure that waste-water treatment plants and ponds are designed in such a way as to prevent flooding with untreated waste water, including during heavy rainfall. Foreseeable changes in the climatic conditions across the region should also be taken into consideration.
17. The governments are encouraged to allocate adequate administrative and financial resources for water-system management, and sufficient provision for participation in regional and international co-operation.

Airborne Nitrogen Emissions

18. All governments and HELCOM are urged to take initiatives to reduce immediately airborne nitrogen emissions from land-based and sea-based transportation, from combustion processes, and from agriculture in the Baltic Sea area.
19. All governments are encouraged to intensify international co-operation on the reduction of long-distance nitrogen emissions through HELCOM and the EU.

Shipping and Maritime Activities

20. The governments and HELCOM are encouraged to take immediate initiatives to reduce the nutrient input caused by sewage discharge from all kind of vessels in the Baltic Sea.
21. The governments are encouraged to take initiatives to ensure that Baltic Sea ports possess facilities to store sewage water from ships.

22. All Governments and HELCOM are urged to influence IMO/MARPOL to introduce stricter regulation on waste-water discharge and airborne emissions from ships in the Baltic Sea.

Public Awareness, Research & Development

23. The governments – in collaboration with interested universities, schools, business associations and civil organisations – are encouraged to:
- generate awareness of eutrophication problems among local authorities, industries, farmers, rural communities, ship owners, tourists and the general public. An important aim should be to stimulate a shift in personal behaviour and to increase acceptance of the requisite environmental measures.
 - establish and fund demonstration projects for new technologies and systems designed to reduce the nutrient output – e.g. means of reducing nutrient discharge from agriculture, small-scale waste-water treatment plants and sewage-water reception facilities in ports, the re-organisation of land-based and maritime transport, etc.
 - promote the systematic export of successful initiatives, demonstration projects and methods developed in *one* country in the fields of agriculture, remote and sparsely populated settlements, local authorities, shipping and industry, to all of the *other* countries in the catchment area. The feasibility of success in other countries should be assessed, and positive experiences publicised as widely as possible.
24. The governments are encouraged to establish regional and national research programmes in order to stimulate the development of new and improved technologies, solutions and recommendations aimed at reducing eutrophication in the Baltic Sea, and in doing so provide valuable background information for political decisions as well as for private and public investments.
25. The MARE modelling system – a decision-support system that links ecological targets with human activity and with assessments of scenarios for cost-effective political responses – is welcomed. The governments are urged to refine the system to facilitate calculations of, for example, the potential reductions as a result of specific agricultural regulations.

000000000